

Viele Vietnams schaffen

Das Stoppschild prangte an der Hauseingangstür, darunter das handgeschriebene Zutrittsverbot für den Holzgutachter der Neuen Heimat. Die Resolution mit unseren Forderungen war bereits vor einigen Tagen an die Wohnungsbaugesellschaft abgeschickt worden, jetzt war die bange Frage, wie die Verantwortlichen reagieren würden. Drohte ein gerichtlich angeordneter Zugang mit Polizeigewalt? Oder würde man einlenken und unsere Bedingungen akzeptieren?

Gerade mal drei Monate war es her, als wir die Nachricht erhalten hatten, unsere Häuser in der Seelingstraße 44, 46, 48 wären in das neu aufgelegte Wohnungsbauprogramm 1977 aufgenommen worden. Die Wohnungen sollten für die bevorstehenden Bauarbeiten freigemacht werden, zur Umsetzung stünden modernisierte Wohnungen im Viertel bereit. Besonders für mich war das ein Schock, hatte ich meine Wohnung in der Seelingstraße 46 doch erst vor gut einem Jahr bezogen, frisch renoviert und neu eingerichtet.

Mit Unterstützung der örtlichen Mieterinitiative organisierten wir den Widerstand. Gründeten Hausgemeinschaften, verfassten Resolutionen mit unseren Forderungen, zu deren Bekräftigung bald frisch gepinselte Transparente an den Fenstern und Balkonen flatterten. Zentraler Streitpunkt war die zukünftige Miete. Diese sollte nicht mehr als 3,- DM pro qm betragen, so wie es bereits in anderen Bauabschnitten erkämpft worden war, und nicht wie geplant 3,80 DM.

Der bevorstehende Einsatz des Holzgutachters bot eine willkommene Gelegenheit, unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die geplante Untersuchung von Diehlen und Balken mit Hilfe eines endoskopischen Verfahrens war zwar im Prinzip begrüßenswert, stellte das Verfahren doch einen Fortschritt gegenüber dem bisher praktizierten zerstörenden Methoden dar, war aber in unseren Augen eine Bau vorbereitende Maßnahme, die wir unterbinden wollten.

Unser Vorbild war die Aktion im legendären Block 118 vor zwei Jahren. In dem Karree zwischen Schloßstraße, Neue Christstraße und Nehringstraße waren auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen mehrere Baumaschinen außer Gefecht gesetzt worden, was zum Einlenken von Neue Heimat und Senat geführt hatte. Federführend waren damals die Aktivisten der maoistischen KPD, die in dem traditionellen Arbeiterviertel am Klausenerplatz Fuß zu fassen versuchte. Enttäuscht von der ausbleibenden klassenkämpferischen Einstellung der Bewohnerschaft hatte sie sich allerdings bald danach zurückgezogen, um vorrangig in Betrieben ihre revolutionären Zielen zu verfolgen.

Die Mieterinitiative Sanierungsgebiet Klausenerplatz e.V., bei der ich bereits seit zwei Jahren mitmachte, hatte damit die Militanz und den kämpferischen Elan der Anfangszeit verloren. Der bunte Haufen aus betroffenen Mieterinnen und Mietern, Spontis und den neu dazu gestoßenen Kadern des Kommunistischen Bunds Westdeutschland (KBW) verfügte zwar über viel Idealismus und kämpferischen Einsatz, kam aber nie wirklich über das studentische Milieu hinaus. In dem, im Nachgang zur politisierten 68er-Bewegung, so manche revolutionäre Utopie aufblühte.

Die sich nicht selten als Dystopie entpuppte. Da gab es die Sympathisanten und klammheimlichen Unterstützer der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF), sichtbar im Kiez durch Graffiti und an die Hauswände gesprühten Parolen. Oder ideologisch verblendete Mitstreiter wie ein mit mir befreundeter KBW-Genosse, der es fertig brachte, Flugblätter zur Unterstützung der kambodschanischen Roten Khmer zu verteilen – zu einem Zeitpunkt, als längst bekannt war, dass die Mörderbande um den Vorsitzenden Pol Pot bereits Hunderttausende massakriert hatte.

Das Bestreben, den Mieterkampf in das übergeordnete Ziel einer revolutionären Umwälzung einzubinden, war für viele der entscheidende Antrieb, mitzumachen. Bezeichnend dafür war der Auftritt eines Kollegen von der Schöneberger Mieterinitiative „Nolzie“ bei unserem Plenum im September 1979. Ganz in Schwarz gekleidet und stilgerecht mit Che Guevara-Baskenmütze ausgestattet, gab er die Parole aus, man müsse „eins, zwei, drei, ja viele Vietnams schaffen“. Vietnam stand damals synonym für den Befreiungskampf der vom US-Imperialismus unterjochten Völker, womit sich die Hoffnung verband, auch hierzulande das verhasste kapitalistische System überwinden zu können.

Der Sieg im Volkskrieg, der 1975 mit der Einnahme Saigons durch den Vietkong und die nordvietnamesische Armee besiegelt worden war, hatte in der linken Szene große Euphorie ausgelöst. Doch der Zeitgeist schwenkte in den 1980er-Jahren in Richtung Materialismus und Einzelkämpfertum um, mit der Folge, dass sich viele der radikalen Gruppierungen auflösten oder von der Bildfläche verschwanden wie die terroristische RAF. Was blieb waren Bürgerinitiativen, Kollektive, Selbsthilfegruppen und eine erstarkende Umweltbewegung, wo Pragmatismus und das Erreichen von praktischen Zielen die Oberhand über Ideologien und abstrakte politische Ziele gewannen.

Die Gründung der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) im Oktober 1978 war Ausdruck und Ergebnis für diesen Pragmatismus. Bereits bei den Wahlen im Februar 1979 konnten ihre Kandidatinnen und Kandidaten, darunter zahlreiche mit K-Gruppenhintergrund, in mehreren Bezirksparlamenten Einzug halten, 1981 sogar im Abgeordnetenhaus. Damit verfügte die Mieterbewegung über eine parlamentarische Stimme, die in der Hausbesetzerzeit wie auch bei der Durchführung der „behutsamen Stadterneuerung“ einen wichtigen Rückhalt abgab.

Im Fall des Holzgutachters der Neuen Heimat konnten wir einen kleinen Etappensieg verbuchen. Abgeschreckt vom Widerstand aus den betroffenen Häusern hatte dieser die Order erhalten, nicht tätig zu werden. Das eigentliche Ziel, die von uns geforderte Miethöhe durchzusetzen, wurde allerdings verfehlt. Ganz pragmatisch hatten nämlich immer mehr Nachbarn das Angebot wahrgenommen, in die günstigen modernisierten Wohnungen zu ziehen - anstatt sich auf eine längere Auseinandersetzung mit ungewissem Ausgang einzulassen.